

## Pressemitteilung

### Integration ist öffentliche Aufgabe

Basis guter Integrationspolitik sind Dialog und Kooperation

Ergebnisse des dritten Netzwerktreffens im Forschungs-Praxis-Projekt „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“

**Darmstadt/Plauen, 28. März 2011 – Integration sollte in die Regelstrukturen kommunaler Aufgaben überführt werden, denn Integration berührt alle gesellschaftlichen Bereiche wie Bildung, Arbeit, Wohnen, Stadtentwicklung etc. Integration ist Querschnittsaufgabe und sollte ressortübergreifend verankert werden. Projekte können wichtige Impulse setzen, wenn diese auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sind. Entscheidend ist die Erarbeitung eines Leitbildes in einem Dialog mit der Stadtgesellschaft: Wie wollen wir zukünftig zusammen leben? Zur Bewältigung der Integrationsaufgaben benötigen die Kommunen ausreichenden finanziellen Handlungsspielraum und die Unterstützung von Bund und Ländern.**

Dies sind zusammengefasst die wichtigsten Ergebnisse des dritten Netzwerktreffens im Rahmen des Forschungs-Praxis-Projekts „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“ am 24. und 25. März 2011 in Plauen. Rund 100 interessierte Vertreter aus Städten und Landkreisen des gesamten Bundesgebiets diskutierten mit Experten aus Wissenschaft und Praxis über die Steuerung kommunaler Integrationspolitik im ländlichen Raum. Das Forschungsprojekt wird von der Schader-Stiftung in Kooperation mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Deutschen Landkreistag durchgeführt.

Wichtig sei es, Integration zum Thema der Stadt zu machen und **Kooperationen zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft** aufzubauen. Hierbei müssten umstrittene Themen und Lösungen ausgehandelt werden, so Prof. Karl-Dieter Keim in seinem Vortrag „Governance kommunaler Entwicklungsprozesse“. Prof. Roland Roth unterstrich, dass sich **kommunale Integrationskonzepte nicht nur an Migranten als Zielgruppe richten dürften, sondern an die gesamte Stadtgesellschaft**. Er warnte davor anzunehmen, dass sich alles steuern ließe. Die **Reichweite kommunaler Handlungsoptionen sei begrenzt**, entscheidende Bereiche lägen in der Verantwortung von Bund und Ländern, z.B. Bildung und Arbeit. Zur Unterstützung der kommunalen Integrationsaufgaben wurde die **Einrichtung von Entwicklungsfonds oder Förderprogrammen auf Länderebene** empfohlen. Beispielhaft ist das KOMM-IN Programm des Landes Nordrhein-Westfalen, welches die Kommunen bei der Entwicklung von Strategien für ihre Integrationsarbeit unterstützt. Die Programmevaluation zeige, dass viele neue Projekte und Handlungsansätze in den Kommunen entwickelt und etabliert werden konnten, so Marie-Luise Hümpfner vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen.

In der Diskussion zu den **Perspektiven kommunaler Integrationspolitik** mit dem Landrat des Landkreises Coburg, Michael Busch, dem Ersten Bürgermeister von Ravensburg, Hans Georg Kraus, dem Bürgermeister von Bestwig, Palf Péus, und dem Integrationsbeauftragten des Land-

Gefördert durch:



Fachliche Begleitung:



aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestags

kreises Osnabrück, Werner Hülsmann, wurden **fehlende finanzielle und personelle Ressourcen für neue kommunale Aufgaben** hervorgehoben. Dennoch sei viel möglich, denn es komme zunächst darauf an, das Thema zur eigenen Sache zu machen und die Mitarbeiter der Verwaltung dafür zu gewinnen. Man müsse eine **neue Willkommens- und Anerkennungskultur etablieren**. Veronika Glitzner, Gleichstellungs-/Integrations- und Frauenbeauftragte des Vogtlandkreises, hob in ihrem Beitrag hervor, dass das Vogtland als **schrumpfende Region besonders auf Zuwanderung angewiesen** sei. Aus diesem Grund habe Integration als kommunale Aufgabe an Bedeutung gewonnen.

Zum Abschluss betonte Sabine Süß, Geschäftsführender Vorstand der Schader-Stiftung und Projektleiterin, dass die intensive Diskussion zeige, welche Bedeutung dem Thema Integration von den Kommunen mittlerweile beigemessen werde und wie **unterschiedlich diese Prozesse in den Kommunen verlaufen**. Das Forschungs-Praxis-Projekt befinde sich nun in der entscheidenden Phase der Ergebnisbewertung und der Formulierung von Handlungsempfehlungen an Bund, Länder und Kommunen. Sie lud alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen zur **Abschlusskonferenz am 7. Oktober 2011 in Berlin** ein, wo die Projektergebnisse der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Mit dem über drei Jahre laufenden Projekt (2009-2011) wird zum ersten Mal die Situation von Migrantinnen und Migranten in den kleineren Städten der ländlich geprägten Räume bundesweit vergleichend untersucht. Das Projekt wird mit Mitteln aus dem Europäischen Integrationsfonds, der Projektförderung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und seit 2010 aus Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration gefördert. Die Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration und der Bundesinnenminister haben die Schirmherrschaft für das Projekt übernommen. Projektträger und -koordinator ist die Schader-Stiftung.

Informationen zum Projekt auf der neu eingerichteten Website [www.integrationspotenziale.de](http://www.integrationspotenziale.de) und unter [http://www.schader-stiftung.de/wohn\\_wandel/1185.php](http://www.schader-stiftung.de/wohn_wandel/1185.php).

V.i.S.d.P.

Gudrun Kirchhoff

Schader-Stiftung, Karlstraße 85, 64285 Darmstadt

Tel.: 06151/1759-14, Fax: 06151/1759-25

Email: kirchhoff@schader-stiftung.de

Gefördert durch:



Fachliche Begleitung:



aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestags